

Die „Freiheit“ erscheint morgen und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis der Zeit bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Berücksichtigung der Postgebühren für Deutschland und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zugleich Bestellschein, der Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 58.

Die alljährliche Kampagne über den Namen kostet 5,- M. einschließlich Kassenbuchführung. Klein-Kampagne: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Kassenbuchführung. Postkarte-Kampagne (aus 1000) 10,- M., jedes weitere Wort 1,- M. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4518, 4603, 4635, 4640, 4923

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Dr. Simons über die Forderungen der Entente

Vor einem dichtgedrängten Hause hat gestern der Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, die Stellung der Regierung zu den Forderungen der Entente dargelegt. Dr. Simons gab zuerst eine Vorgeschichte der Pariser Konferenz und betonte nachdrücklich, daß der Plan, gegenwärtig von der Festsetzung einer Gesamtsumme abzusehen, und nur provisorisch die Zahlungen für die nächsten 5 Jahre festzusetzen, sowohl von den Vertretern der französischen, als der englischen Regierung offiziell der deutschen nahegelegt worden sei. Er habe sich dazu bereit erklärt, ohne etwa diese Bereitschaft an bestimmte Bedingungen zu knüpfen. Trotzdem sei in Paris dieser Plan zugunsten der Festsetzung einer Gesamtsumme umgeworfen worden, die sowohl in ihrer Höhe als in ihren Zahlungsbedingungen eine ungeheuerliche Last bedeuten. Dr. Simons wies das im einzelnen nach, ohne dabei die Argumente auch nur annähernd erschöpfen zu können, und betonte mit besonderem Nachdruck, daß diese Bestimmungen vielfach im Widerspruch mit dem Wortlaut des Friedensvertrages stünden, so daß es sich um eine neue Vereinbarung handeln würde, zu der die Zustimmung der deutschen Regierung erforderlich wäre.

Der sachliche Kritik des Ministers über die unerträgliche Schwere der Bedingungen wird man zustimmen können. Wir möchten nur betonen, daß unsere eigene Kritik sich prinzipiell von den Stellungnahmen der bürgerlichen Parteien darin unterscheidet, daß sie nicht nur von nationalen, sondern von internationalen Gesichtspunkten ausgeht, und dabei die Interessen sowohl der deutschen als der gesamten Arbeiterklasse vor Augen hat. Die harten Bedingungen der Entente-Regierungen bedeuten eine außerordentliche Belastung der deutschen Volkswirtschaft und die Ueberführung eines großen Teils des jährlich erarbeiteten volkswirtschaftlichen Produkts in den Besitz anderer Länder, vor allem ihrer bestehenden Klassen. Das heißt aber bei Fortdauer des kapitalistischen Systems und der gegenwärtigen Machtverhältnisse, daß der Arbeitslohn in Deutschland ständig unter schwerem Druck gehalten würde.

Wir müßten, um diese Tributzahlung herauszuwirtschaften, um jeden Preis unseren Export ausdehnen, den Produkten der französischen, englischen und amerikanischen Arbeiter also die schärfste Konkurrenz bereiten, die Weltmarktpreise ständig zu unterbieten trachten. Die Kosten für diesen Konkurrenzkampf würden die Kapitalisten aller Länder auf die Arbeiterlast abzuwälzen trachten. Und so würde sich der Lohndruck von Deutschland auf die anderen Länder übertragen. Neben der Fortdauer der Weltkrise, die, wie wir gestern gezeigt haben, eine notwendige Folge der Unsicherheit und der Niederhaltung des Wirtschaftslebens in Deutschland und im übrigen Mittel- und Osteuropa sein müßte, läme es so zu einer weiteren Verschlechterung der sozialen Position der Arbeiterklasse nicht nur in Deutschland, sondern auch in den übrigen Industrieländern. Nicht nur aus internationaler Solidarität, sondern aus unmittelbarem eigenem Interesse wird die Arbeiterklasse der Ententeländer gegen diese Bestimmungen sich zur Wehr setzen müssen.

Andererseits die sachliche Stellungnahme Dr. Simons müssen wir die politische beurteilen. Im Namen des Kabinetts erklärte der Minister, daß der Vorschlag der Entente „von uns für eine mögliche Grundlage für weitere Verhandlungen nicht angesehen werden kann“. Nun hat die Entente ausdrücklich angekündigt, daß die Delegierten der deutschen Regierung zu Verhandlungen in London eingeladen werden. Will Dr. Simons diese Verhandlungen ablehnen? Nein. Denn er fügt ausdrücklich hinzu, daß die deutsche Regierung trotz der ungeheuren Schwierigkeiten deutsche, klare Gegenanschläge machen werde. Das bedeutet also, daß den Vorschlägen der Entente andere entgegengesetzt werden sollen, und da es sich im wesentlichen (wenn auch nicht allein) um die Höhe der Ziffern handelt, so heißt das eben: es soll verhandelt werden. Und wir betrachten es nicht gerade als besonders geschickt, wenn das Reichskabinett den deutschnationalen Katastrophopolitikern, die unbekümmert um die Folgen „unannehmbar“ schreiben, eine unnötige Verbeugung gemacht hat. Wir jedenfalls müssen mit allem Nachdruck verlangen, daß der Weg der Verhandlungen beschritten wird, und daß die deutsche Regierung tatsächlich mit solchen Gegenvorschlägen kommt, die den ersten Willen erkennen lassen, das zu leisten, was ökonomisch und sozial zu leisten möglich ist. Wir lehnen auf das entschiedenste sowohl die Politik der deutschnationalen ab, die, nachdem sie das Unglück angerichtet haben, es jetzt durch schroffe Herausforderung aller nationalistischen Bestrebungen in den Ententeländern steigern würden, wie wir den Wahnsinn der kommunistischen Wirrköpfe ablehnen, die im Bündnis mit Sowjetrußland den Krieg mit der Entente als Lösung empfehlen. Wir wollen uns nicht auf Wunder verlassen, sondern

meinen, daß die ökonomische Notwendigkeit der Wiederherstellung des europäischen Wirtschaftslebens sich doch schließlich durchsetzen müssen, so schwer der Weg auch ist, der bis dahin beschritten werden muß.

Der Sitzungsbericht

Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Entgegennahme einer

Erklärung der Reichsregierung.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons: Selten hat eine politische Verhandlung durch ihren Verlauf und ihr Ergebnis eine solche Verwirrung in den Köpfen hervorgerufen wie die letzte Ministerkonferenz in Paris. Am ersten Tage hatte man Kenntnis genommen von den Plänen des französischen Wirtschaftsministers Seydoux. Man hatte sich daran gewöhnt, daß die deutsche Regierung bereit war, unter gewissen Vorbehalten diese Pläne anzunehmen. Aber gleich nach Beginn der Pariser Beratungen kam die Rede des französischen Finanzministers Doumer, die den bisherigen Boden verließ und eine exorbitante Summe ausstellte. Wir haben in den Zeitungen von den Auseinandersetzungen zwischen dem englischen Ministerpräsidenten Lloyd George und dem französischen Ministerpräsidenten Briand gelesen. Nunmehr kommt die Note, die Ihnen aus der Presse bekannt ist, mit ihrem vollkommen neuen System. Die Ministerkonferenz von Paris und die heutige Note hängen eng zusammen mit den

Vorgängen in Spa.

Nachdem die Alliierten eingesehen hatten, daß sie mit dem Rotenwechsel zu einem günstigen Ausgang in den schwebenden Fragen über die Ausführung des Friedensvertrages nicht gelangen würden, haben sie endlich es über sich gewonnen, die deutsche Regierung zur Entsendung berufener Vertreter zu einer gemeinsamen Besprechung der verschiedenen Thematia nach Spa zu laden. Vorher waren die Vertreter der Alliierten in Boulogne zusammengelassen und hatten sich vorher verständigt. Schon in Boulogne ist die Schadenersatzsumme festgelegt worden. Die deutsche Regierung hat von diesem Ergebnis von Boulogne niemals eine amtliche Mitteilung bekommen. (Hört, hört!) In Spa kam die feierliche Zusage des Präsidenten der Konferenz, daß wir, nachdem die Reparationsfrage von der Tagesordnung gestrichen war, in Genf nochmals darüber verhandeln sollten. Die Zusammenkunft in Genf verzögerte sich mehr und mehr, es bestand die Gefahr, daß die Verhandlungen über die Wiedergutmachungssumme zu einer unüberwindlichen Spaltung in den Meinungen der beteiligten Länder führen würde. Infolgedessen habe ich es für meine Aufgabe gehalten, die Anregung zu geben, daß Sachverständige von Land zu Land sich über die wichtigen Thematia der Reparation verständigen sollten. Diese Anregung, die zunächst günstig von einem Teil der Alliierten aufgenommen wurde, ist aber nicht zur Durchführung gelangt. Es kam dann das Gegenprojekt von de la Croix, das die Angelegenheit der Wiedergutmachungskommission zurückverwies. Lange hat es gedauert, bis die Sachverständigen endlich nach Brüssel zusammengelassen wurden. Die

Brüsseler Beratungen

sind Ihnen alle noch in frischer Erinnerung. Sie sind verhandelt worden. Während der Verhandlungen, die zwischen Herrn Bergmann als deutschem Vertreter und Seydoux als Vertreter der Alliierten in Paris geführt wurden, ergab sich, daß Seydoux mit einem neuen Plane hervortrat, daß Deutschland zunächst eine Gesamtschuld übernehmen und dafür 5 Jahresraten zahlen sollte. Es war das zunächst unerwünscht. Dann trat aber die französische Regierung durch ihre hiesige Vertretung an die deutsche Regierung heran, wie sie sich zu dem Vorschlag von Seydoux stellte. Es haben darüber 4 Verhandlungen stattgefunden, und alle Instanzen haben sich schließlich damit einverstanden erklärt, daß die deutsche Regierung den Vorschlag Seydoux als Grundlage für die Verhandlungen annehme, unter den bekannten Vorbehalten, daß die Ziffer zuerst gesucht werden würde, nachdem über die Umstände gesprochen sein würde, unter denen die Verhandlungen über die Leistungsfähigkeit Deutschlands in Brüssel stattfinden, und daß zugleich gesprochen werden sollte, über die Methoden nach denen die Grundgedanken Seydoux in die Tat umgesetzt werden könnten.

Die britische Regierung trat durch ihren hiesigen Vertreter an die deutsche Regierung heran, auf diesen Vorschlag der französischen Regierung einzugehen. Sie erklärte offiziell, daß sie sich der französischen Regierung anschließen. (Hört, hört!) Seydoux setzte nunmehr an die Stelle der ersten Jahresrate eine hohe Gesamtsumme und der Wiederaufbauminister Loucheur führte sogar aus, daß es für die französische Industrie höchst bedenklich sein würde, wenn sie die Reparationen von Deutschland durch Sachleistungen tilgen ließe. Das wäre für die französische Industrie eine schwere Konkurrenz. Man hat nun merkwürdigerweise trotz dieses von unserem Vorschlag nämlich unabhängigen Vorganges der deutschen Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie in der ganzen Angelegenheit nicht richtig verfahren sei. In der deutschen Presse wird aber der deutschen Regierung vorgeworfen, daß sie nicht selbst, bevor die interalliierten Ministerpräsidenten zu ihrem Ergebnis kamen, mit positiven Vorschlägen herausgetreten wäre. Dieser Vorwurf ist unbegründet. Wir sind mit positiven Vorschlägen herausgetreten. Ich will hier gar nicht sprechen von dem Vorschlag, den wir schon im September 1919 gemacht haben, der sich auf die technische Ausführung des

Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete

bezog. Ueber den damaligen Vorschlag hat ein Wechsel von Regierungsbühnen stattgefunden. Auf unsere letzte Zeu-

schung sind wir nicht mehr einer Antwort gewürdigt worden. (Hört, hört!) Aber wir haben doch in Spa Vorschläge gemacht, naturgemäß Vorschläge, die noch nicht eingehend sein konnten. Abgesehen von den Schwierigkeiten der Materie war die deutsche Regierung damals erst wenige Tage im Amte und konnte sich die schwierige Materie nur mit äußerster Anstrengung zu eigen machen.

Trotzdem legten wir drei Vorschläge vor:

erstens einen Finanzierungsplan, zweitens einen Plan für die Sachleistungen aus der Reparationsschuld, und drittens einen Plan für die technische Durchführung des Wiederaufbaues. Diese drei Pläne wurden in Spa übergeben und wir hatten Grund anzunehmen, daß sie als Grundlage weiterer Verhandlungen in Genf dienen würden. Wir haben aber keine Antwort darauf bekommen, außer höhnischen Kritiken der Pariser Presse. (Hört, hört!) Auch ist zu berücksichtigen, daß die besten Pläne, die wir jetzt machen können, immer noch außerordentlich in Unsicherheit schwelen: ich will nur ein Wort „Oberschließen“ aussprechen, um zu zeigen, daß wir wirklich feste Pläne nicht einmal in alternativer Form machen können. (Hört, hört!) Es könnte so aussehen, als ob man in Oberschließen abbauen wollte. Dazu kommt die fortgesetzte Unfestigkeit unserer Währungs- und Wirtschaftsverhältnisse. Pläne können wir nur dann machen, wenn wir einigermaßen klar sehen über die Möglichkeiten, diese Unfestigkeit durch Entgegenkommen unserer Gegner abzutragen.

Ein weiterer Vorwurf ist uns daraus gemacht worden, daß wir dem Plan von Seydoux Bedingungen entgegenge stellt hätten. Dazu kann ich erklären, daß

Deutschland keine Bedingungen gestellt hat,

sondern es handelte sich immer um die Umstände und die Voraussetzungen, die für die Erfüllung von Forderungen gestellt werden mußten. Wir haben keine anderen Vorstellungen gemacht, als wie sie unseren Gegnern in Brüssel bereits offen auseinandergesetzt wurden. Der französische Vertreter, Herr Lourent, hat mir selbst erklärt, daß selbstverständlich alle in Brüssel behandelten Fragen weiteren Auseinandersetzungen und weiteren Verhandlungen unterlegt werden müßten. (Lebhafte hört, hört! — große Bewegung.) Ich kann wohl darauf hinweisen, daß noch niemals im Verlauf der Geschichte ein Volk so offen seine Karte aufgedeckt hat, wie das deutsche Volk. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn da vielleicht einiges nicht gestimmt hat, so liegt das nur an dem Mangel der nötigen statistischen Unterlagen, denn in einer Zeit Statistik zu treiben, wo man 5 Jahre Krieg und dann noch einen Anmarsch hinter sich hat, ist keine leichte Sache. (Sehr richtig!) Ich kann diesen ganzen Vorwürfen nur entgegenhalten, daß sie von einem Mißtrauen und einer Ungebildetheit diktiert sind, wie sie uns auch aus den Kreisen der Alliierten immer wieder entgegen-tritt.

Zur Charakterisierung der Note kann ich nur sagen: ich halte sie für ein überhaufetes Ergebnis einer schwierigen Verhandlung.

Ich will nun noch einen kurzen Ueberblick über die Note geben und dazu Stellung nehmen. Sie zerfällt in drei große Unterabteilungen: Die Heeresklausel, die Marineklausel und die Luftklausel. Innerhalb dieser Hauptabschnitte gibt es zwei Parteien: die erste, die sich mit den Verschulungen beschäftigt, die Deutschland nach Ansicht der Alliierten begangen hat, die zweite bezieht sich auf die Entscheidungen, die daraufhin von der Entente getroffen wurden. Aus allem ergibt sich eine Dreiteilung an Differenzen. Auf der einen Seite handelt es sich um Meinungsverstehenheiten, wo die deutsche Regierung aus Gründen einer Realpolitik beantragt hat, ihr Rechte über den Vertrag hinaus zu gewähren. Der zweite Teil bezieht sich auf solche Fälle, wo Deutschland und die Alliierten den Wortlaut des Vertrages nicht einheitlich auslegen. Der dritte Teil ist derjenige, wo die Alliierten, ohne weitere Gründe anzugeben, in ihren militärischen Forderungen über den Inhalt des Vertrages hinausgehen. Es handelt sich hierbei um Entscheidungen, die uns mitgeteilt sind, ohne daß wir gefragt worden sind. Selbstverständlich entsteht uns das nicht der Stellungnahme. Diese Stellungnahme ist aber nur möglich, wenn das außerordentlich verwickelte Material von den zuständigen Ressorts eingehend geprüft wird. Das erste Kapitel, wo wir mehr geleistet haben, als wir mußten, betrifft

die Frage der Entwaffnung.

Hier sind uns neue, längere Fristen gestellt worden. Wir müssen aber auch mit der zuständigen Landesregierung Rücksprache nehmen. Die Fühlungnahme ist eingeleitet und wird durchgeführt im Geiste lokaler Anerkennung der Verpflichtungen, die wir mit dem Friedensvertrage übernommen haben. Ich muß bei diesem Thema noch dem Verbauern Ausdruck geben, daß in der Note der Entente kein Wort der Anerkennung für das heißt, was wir in der Entwaffnung schon geleistet haben. (Gelächter auf der deutschen Seite. — Rufe rechts: Ruhest! Sie lachen, meine Herren; ich kann sagen: kein Volk der Welt hat auf diesem Gebiet so viel geleistet, wie jetzt das deutsche. Kein Mensch, auch unsere Gegner nicht, hat damals geglaubt, daß wir in dieser Zeit so viel werden leisten können. (Lebhafte Zustimmung.)) Trotzdem immer noch das Mißtrauen, daß sich in den Drohungen für den Fall der Nichterfüllung in der Entwaffnungsfrage ausdrückt. Was nun die

Reparationsfrage

anlangt, die sich auf die Art. 231 und 232 des Friedensvertrages bezieht, sollen die Zahlungen bis zum Jahre 1923 gehen, anstehend im Betrage von 2 Milliarden bis 6 Milliarden Goldmark, von denen aber 6 Milliarden 30 Jahre lang die Regel sein werden. (Lebhafte hört, hört!) In Boulogne verlangte man 238 Milliarden, jetzt

find es schon 269 Milliarden geworden. (Hört, hört!) Die zweite Form des Systems ist die variable Zahlung. 42 Jahre lang soll Deutschland 12 Prozent des Wertes der deutschen Ausfuhr zur Verfügung stellen. (Lebhafte Zurufe: Unmöglich!) Charakteristisch ist die Berechnung angelehnt an Grundlage einer Handelsbilanz, die auf der Ausfuhrseite mit 8-10 Milliarden (Geldschein) abschließt, einer Bilanz, die Deutschland selbst in seiner Bilanz nicht erlangt hat. So glaubt man die Differenz mit der Voulgare Forderung zu überbrücken. Die fixen Raten sind nach Ablauf eines halben Jahres, die variablen zwei Monate nach Ablauf zu leisten. Die Zahlung der fixen Raten erfolgt in Bonus, die während des ganzen Zeitraumes von 42 Jahren mit Höchstleistungsbestimmung übergeben werden sollen. Die der variablen Raten erfolgt in Gold. Als Sicherheit sind große Eingriffe in die Zollverwaltung vorgesehen. Bei Säumnis hat die Reparationskommission die Befugnis, die gesamte Zollverwaltung in die Hand zu nehmen. (Bewegung.) Sie kann Deutschland in Bezug nehmen. Der Bezug ermächtigt dann die Alliierten, nach ihrem Ermessen Maßnahmen zu treffen. (Hört, hört!) Für die variablen Raten ist eine strenge Ausfuhrkontrolle vorgesehen, die tief einschneidet in das deutsche Wirtschaftsleben. Neben all diesen Sicherheiten ist der Reich der Verpflichtungen Deutschlands noch nicht geleast. (Bewegung.) Zu den Restitutions aus dem Friedensvertrag für das, was Deutschland aus den besetzten Gebieten weggeführt hat, kommen die Okkupationskosten, die jährlich etwa 15 Milliarden betragen. (Hört, hört!) Dazu kommen die Kosten für die zahlreichen Kommissionen, die in Deutschland noch ihre Tätigkeit ausüben, endlich die Beiträge aus dem Ausfuhrverfahren, die für Deutschland besonders drückend sind. Bitter und klar sind folgende Fragen: Wie steht es mit der Anrechnung der vielen Werte, die wir bereits hingegeben haben?

Darum ist überhaupt keine Rede. Wo bleibt die Anrechnung der 20 Milliarden Goldmark? (Hört, hört!) Ferner ist nichts gesagt, ob wenn wir die Bona hingegeben haben, die Schatzscheine und Schuldverschreibungen auf den Inhaber zurückgegeben werden, die wir sofort bei Inkrafttreten des Friedensvertrages in die Hand unserer Feinde gelegt haben. Abgesehen von diesen Dingen enthält das neue Programm Widersprüche mit dem Friedensvertrage. Der Friedensvertrag gab uns das Recht, bis zum 1. Mai 1921 eine feste Gesamtsumme unserer Schuld zu erfahren. Statt dessen wird uns eine variable Summe gegeben, denn eine feste zusätzlich einer variablen ist letzten Endes eine variable. Das ist das, was Deutschlands Wirtschaft auf die Dauer nicht ertragen kann. (Sehr richtig!) Dann hat uns der Friedensvertrag wenigstens das zugesagt, daß wir nur ein knappes Menschenalter, 30 Jahre, an die Kriegsschuld gebunden sind, wenn wir nicht im Rückstande sind. Jetzt wird uns eine Bindung auf 42 Jahre zugemutet. Es ist uns zugesagt worden, daß wenn wir die 20 Milliarden geleistet und die Schatzscheine über 40 Milliarden ausgestellt hätten, daß dann eine sorgfältige Prüfung einsehen sollte, ob wir überhaupt imstande sind, die Zinsen zu tragen und die Amortisation durchzuführen. Davon ist jetzt keine Rede mehr.

Der Ausgangspunkt ist überhaupt verschoben.

Wir sollen die Bona über 42 Milliarden sofort in die Hände der Alliierten geben. Nach dem Friedensvertrage sollen zunächst einmal der gesamte Schaden festgestellt werden. (Sehr wahr!) Auch die wirtschaftlichen Methoden der Schätzung würden in Frankreich selbst angegriffen. Weshalb wird darauf hingewiesen, daß das Geld, das Frankreich selbst bisher zu Reparationszwecken ausgemworfen hat, hinweggeschleudert worden ist, ohne daß davon auch nur eine Mauer aufgebaut worden ist. (Lebhafte Hört, hört!) Auch Briand hat in seiner ersten Kammerrede darauf hingewiesen, daß in der ganzen Frage vom Wiederaufbau starke Mißbräuche vorgekommen sind, vor allem sollte aber Deutschland hoch geschätzt werden. Bisher ist aber Deutschland hinsichtlich der Festlegung der Schäden noch nicht gehört worden. Die weitere Voraussetzung der Feststellung der Gesamtschuldverhältnisse ist und war die Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands durch die Reparationskommission, eine Frage, an deren Prüfung später die Brüsseler Konferenz herantrat. Diese Besprechungen sind noch unvollendet, und wir müssen Wert darauf legen, daß sie vollendet werden. Infolgedessen können wir nur annehmen, daß die uns jetzt gegebene Summe eine willkürlich gegriffene ist. Dazu kommt

Die Frage der Sicherungen,

die die Gegner sich geben lassen wollen. Sie wollen das ganze Zollsystem einem Generalvollstreckner unterstellen. Im übrigen hat doch Herr Clemenceau selbst erklärt, die Alliierten beschäftigen nicht, in die Freiheit der deutschen Wirtschaftsverhältnisse einzugreifen. Aber mag auch dieses Arrangement den Bestimmungen des Friedensvertrages widersprechen oder nicht, wäre von geringerer Bedeutung, wenn es an sich praktisch und gangbar wäre. Und da ist die deutsche Regierung nach sorgfältiger Prüfung der Ueberzeugung, daß es weder eine praktische, noch eine gangbare Lösung gibt. (Sehr richtig!) Die feste Summe von 269 Milliarden ist ja mehr als vielleicht das ganze deutsche Volk besitzt. Es wäre widersinnig, das deutsche Volk mit einer derartigen Summe zu belasten, wo wir unsern Gegnern nachgewiesen haben, wie schlecht es mit unseren Finanzen steht. Dann aber kommt doch diese Aufzählung der 269 Milliarden in Raten von 8 Milliarden vollständig auf eine wirtschaftliche Verflüchtung des deutschen Volkes hinaus. Es gibt eine Bestimmung, wonach Deutschland einen Rabatt von 8 Prozent empfangen soll, wenn es seinen Verpflichtungen früher als vorgesehen nachkommt (Zuruf rechts: Das ist reiner Hohn gewesen!) Dieser Vorschlag kommt darauf hinaus, daß Deutschland sich einen Gläubiger sucht, der ein großes Darlehen zur Ablösung dieser Verpflichtungen darlehnt. Das ist nicht, daß wir einen Gläubiger finden, der uns das Darlehen so billig gibt, daß wir von einem achtprozentigen Rabatt Vorteile haben. Die Schweiz hat für ihr letztes Darlehen 9 Prozent geben müssen. Und wenn wir einen solchen Gläubiger finden, wird uns die Aufnahme des Darlehens durch eine höchst eigenartige Bestimmung unmöglich gemacht. Ich komme damit zu einer anderen wirtschaftlich wichtigen Maßnahme:

der Ausfuhrabgaben.

Diese Ausfuhrabgabe von 12 Prozent auf das ganze Gebiet der deutschen Ausfuhr ist einerseits unheimlich stark und nach außen wie nach innen schädlich. Wie kann man die gesamte Ausfuhr über einen Kamm scheren in bezug auf die Höhe der Abgabe? (Sehr richtig!) Bei der Steigerung der Raten, der deutschen Preise, muß sich diese Bestimmung als Droßelung der deutschen Exporte auswirken. Entweder: das Ausland trägt diese 12 Prozent, dann wird uns das vielfach auf denjenigen Märkten Schwereigkeiten schaffen, auf denen wir vorzugsweisen Absatz haben; oder aber: es muß bei uns bezahlt werden; da wäre die Zeit sinkender Konjunktur verheerend. Dann bleibt diese Abgabe haften auf dem Unternehmerrisiko und den Arbeiterlöhnen. (Große Unruhe bei den U. Soz. und Komm.) Die Entente würde den Markt der ganzen Welt erobern. Gerade von dieser deutschen Exportindustrie kann doch allein die Finanzierung der fixen Summen hergenommen werden. Von einem solchen Ueberfluß sind wir weit entfernt, so lange wir unsere Rohstoffe soviel teurer einlaufen müssen, als wir unsere eigenen Waren für das Ausland verkaufen. Ich habe mich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Alliierten uns haben mittelbar lassen, sie hätten aus einem gewissen Gefühl des Tates

auf einen formellen Eingriff in unsere Steuerhoheit verzichtet. (Zuruf: Der reine Hohn!) Ich muß darauf hinweisen, weil Lloyd George darauf ausdrücklich Bezug genommen hat. Die Sanktionen beziehen sich auf folgende Punkte: Erstens: Aufhebung der Räumungsfrist für die Rheinlande, zweitens: Befreiung neuen, deutschen Gebietes, drittens: Errichtung eines besonderen Zollregimes in den Rheinländern, und viertens: Einspruch gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. (Allgemeine Heiterkeit.) Die erste Bestimmung widerspricht meiner Ansicht nach dem

Sinne, Geist und Wortlaut des Friedensvertrages. (Sehr richtig!) Die Befreiung kann erst dann verlängert werden, wenn sich herausstellt, daß wir nichts getan haben, wozu wir uns verpflichtet haben. (Zuruf links: Das ist das deutsch-nationale Annullationsprogramm von 1914! — Große Unruhe rechts.) Ich möchte Sie dringend bitten, während der durchaus sachlichen Darstellung des Inhalts der Note, nicht durch Zurufe die Stimmung im Hause so zu irritieren, daß wir dadurch zu einer klaren Stellungnahme nicht kommen können. (Sehr richtig!) Man kann uns nicht für einen Vorschlag schon Sanktionen androhen, wenn wir den Vorschlag nicht annehmen; denn das ist dann kein Vorschlag mehr. Betreffs des vierten Punktes muß Lloyd George schon gestatten, daß ich seine Drohung mit dem Widerspruch gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund so lange als verfrüht ansehe, als wir einen Antrag für einen Eintritt in den Völkerbund nicht gestellt haben. Ich weh mich rein vom Verdacht, daß ich die großen Gedanken eines wahren Bundes der Völker vor mir sehe. Ich brauche mich nur auf das Zeugnis des Abgeordneten Schilling berufen. (Lachen rechts, Lärmen links.) Ich bringe der Entwicklung der Menschheit nicht nur volles Verständnis, sondern warme Teilnahme entgegen.

In den Völkerbund, wie er jetzt besteht, einzutreten.

Ich für Deutschland nicht mit so viel Lockung verbunden, daß es uns einmüßig, um die Ausnahme zu ersuchen. (Sehr richtig!) Ich will nur ganz kurz auf das Schreiben eingehen, mit dem uns die beiden Kooperationsgegner überreicht wurden. Ich habe schon gesagt, daß es sich nur um französische Propositionen handelt. Es wird uns gesagt, daß Bevollmächtigte der deutschen Regierung eingeladen werden würden, im Ende Februar mit den Delegierten der Alliierten in London zu treffen. Die Einladung selbst ist nur angeklüfft; so lange sie nicht erfolgt ist, können wir sie weder annehmen noch ablehnen.

Aber schon jetzt muß die deutsche Regierung erklären, daß das Arrangement, wie es uns in der zweiten Note der Entente vorgelegt worden ist, von uns als eine mögliche Grundlage für weitere Verhandlungen nicht angesehen werden kann. (Lebh. Beif.) Es wird selbstverständlich unsere Pflicht sein, nunmehr alle Mittel anzuwenden, um trotz der ungeheuren Schwierigkeiten zu demselben klaren Gegenwärtigen zu kommen. Wenn diese Gegenwärtigen dann so ausfallen, daß die öffentliche Meinung der anderen Länder darüber in Entrüstung gerät, dann wird es nicht unsere Schuld sein, nachdem die Alliierten durch derartige Vorschläge die Welt in Ersauern gesetzt haben. Ich möchte bei der Gelegenheit aber die eine Warnung aussprechen: Man soll nicht glauben, daß man, wenn man diese Vorschläge uns jetzt vielleicht als Diktat gäbe, so viel aus Deutschland herausgewirtschaftet werden kann, wie man es sich jetzt vorstellt. Wenn der Deutsche Großes leisten soll, muß er seinen freien deutschen Willen haben. Als Sklave wird der Deutsche nicht arbeiten, sondern nur als freier deutscher Mann. (Zustimmung.) Es ist für uns ein wertvolles Zugeständnis der Alliierten, daß sie in ihrem Arrangement an festem Boden des Friedensvertrages verlassen haben. Sie haben damit anerkannt, daß manches in den Vorschlägen des Friedensvertrages sich während der Zeit, die seit seiner Verfassung verfloßen ist, als undurchführbar herausgestellt hat. (Sehr richtig.) Wir werden von dieser Erkenntnis Gebrauch machen. Ich fasse die Erklärung der Regierung noch einmal dahin zusammen: Wir können auf die Grundlage des Arrangements, das uns die Alliierten jetzt vorgelegen haben, als Basis weiterer Verhandlungen nicht treten. Wir werden jetzt versuchen, neue Vorschläge anzubringen, und werden damit an die Alliierten herantraten. (Lebhafte Beifall.)

Präsident Lobe schlägt vor, die Besprechung der Erklärung am Mittwoch zu vertagen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Beratung zu geben.

Abg. Wolf Hoffmann (Komm.) widerspricht der Vertagung und gibt folgende Erklärung seiner Fraktion dafür ab: Die von der Entente überreichten Forderungen sind in ihrer Art nicht überraschend; sie sind Beweis des Reichthums, der jedem kapitalistischen Staat eigenständig ist und nicht zum wenigsten.

Präsident Lobe bittet den Redner, nicht auf die Materie selbst einzugehen.

Abg. Wolf Hoffmann (fortfahrend): Nicht zum wenigsten auch dem deutschen Imperialismus. (Lebhafte Zurufe.) Zudem der Reichstag bereits gestern auf Ersuchen der Regierung die Erörterung über diese bedeutame Angelegenheit aussetzte, unterließ er den völligen Bankrott, den die bisherige auswärtige Politik der Regierung gemacht hat. (Präsident Lobe: Ich kann Ihnen das Wort nicht weiter gestatten. — Lebhafter Beifall. — Ruf: Klaus!) Ich habe der Vertagung zu widersprechen, die der Reichstag angeht, einer fabelhaften und hohlen Erklärung der Regierung (Unruhe) vornehmen will.

Abg. Müller-Franken (Soz.) bittet es bei dem Vorschlage des Präsidenten zu belassen. Große Parteien des Hauses haben den Wunsch ausgesprochen, ehe sie zu der Erklärung sprechen lassen, selbst Stellung zu nehmen. Der Abgeordnete Hoffmann mag es den Parteien überlassen, die Würde des Reichstages zu wahren, die auf dem Boden der Verfassung stehen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Schiffer (Dem.): Der Abgeordnete Hoffmann hat seine Meinung zur Geschäftsordnung zu einem Ueberfall auf das Haus mißbraucht. Nicht nur jeder Minister, sondern jeder Abgeordnete der hier spricht, ist verpflichtet, jedes Wort auf die Tagesordnung zu legen. Wir haben hier eben eine Rede des Herrn Ministers gehört über die der Abgeordnete Hoffmann schon mit einem vorher qualifizierten Urteil fertig war. Wir halten es für die Pflicht des Abgeordneten, erst zu hören und dann zu urteilen.

Abg. Ledebour (U. Soz.):

Auch ich habe im Seniorenkongress den Wunsch ausgesprochen, daß wir die Erörterung sofort an die Erklärung anschließen wollen. Da aber die anderen Parteien ganz überwiegend sich für die Vertagung ausgesprochen, haben wir aus Rücksicht auf die zweifelslos außerordentliche Bedeutung dieser Angelegenheit davon Abstand genommen. Ich muß aber bedauern, daß der Abgeordnete Schiffer seinerseits leider den Fußstapfen des Abgeordneten Hoffmann gefolgt ist.

Der Beratungsantrag des Präsidenten findet die Unterstützung aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und Unabhängigen; gegen ihn stimmen jedoch nur die Kommunisten. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 1 Uhr.

Besprechung der Regierungserklärung, dritte Lesung des Notens, Abstimmungen zur Heeresetat. Schluß 6 Uhr.

Zuversicht in Paris

Paris, 1. Februar.

Die Minister und Staatssekretäre traten gestern abend in einem Kabinettsrat unter dem Vorsitz von Briand zusammen und beschäftigten sich zunächst mit inneren Angelegenheiten. Briand berichtete sodann über die Arbeiten der Pariser Konferenz und betonte insbesondere das gute Einvernehmen zwischen allen Alliierten.

Eine Stimme aus Dänemark

Kopenhagen, 1. Februar.

Die Zeitung „Socialdemokraten“ wendet sich in einem Leitartikel aufs schärfste gegen die neuen Ententesforderungen an Deutschland und nennt sie, namentlich im Hinblick auf die zu erwartende Verelendung der deutschen Arbeiterklasse, schändliche Rohheit und unheimliches, grausames Tödesurteil. Die Zeitung fährt fort: Wenn die Sieger das ganze deutsche Volk nach Afrika deportiert und in die Sahara gesagt hätten, so wäre das menschenlicher gewesen. Wir betrachten es als lächerlich, daß die Arbeiter der ganzen Welt, auch die der begrenzten Länder, sich erheben und gegen diese Entscheidung protestieren werden. Denn ein Sklavenleben, wie es der deutschen

Arbeiterklasse zugebacht ist, wird jetzt überhändlich nur dazu beitragen, daß die Arbeiter auch in anderen Ländern in das schmerzliche Elend geraten. Das deutsche Volk wird natürlich diese wahnsinnige Entschädigung nicht bezahlen, und die Sieger können werden auf die Dauer zu einem 42jährigen Völkerunruhezug in dem zum Tode verurteilten Lande untauglich sein.

Ein bayrischer Brief
Erklärung der USPD. zu den Pariser Beschlüssen
(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)
München, 1. Februar.

In der heutigen Sitzung des bayrischen Landtags gab der Präsident in der Absicht, die Reichsregierung festzusetzen, eine Erklärung ab, in der in den bekannten alliierten Phrasen gegen die Beschlüsse von Paris protestiert wird, und die mit dem Satz schließt: „Niemandem untergeben, als in unwürdiger Sklaverei einzulassen.“ Sämtliche Parteien, auch die Rechtssozialisten und Kommunisten, fanden sich mit dieser Erklärung ab. Der Vertreter der U. S. P. gab nachfolgende Erklärung ab:

Die Fraktion der U. S. P. wendet sich vom Standpunkt der internationalen Arbeiterklasse aufs schärfste gegen die wirtschaftlichen Bestimmungen der Pariser Beschlüsse. Sie kann sich aber nicht mit dem Protest aller übrigen Parteien identifizieren, weil einige dieser Parteien mit verschiedenen Kapitalistenklassen der Entente im Bunde stehen und zu der nationalstaatlichen Seite das Mittel sehen, eine günstigere Position bei ihren Privatgeschäften zu erreichen. Im übrigen handelt es sich um Vorschläge der Entente; über die noch Verhandlungen möglich sind. Die U. S. P. muß verlangen, daß die Parteien weiter verhandeln, die die Verantwortung für die augenblickliche Regierungspolitik in Deutschland tragen.

Bei Abgabe dieser Erklärung verließen sämtliche bürgerliche Parteien und die Kommunisten demokratisch den Saal. Die Kommunisten hatten im Vorhinein die Erklärung abgegeben, daß gegen die Pariser Beschlüsse gar nicht energisch genug demonstriert werden könne.

Das Zusammenarbeiten der Kommunisten mit den bayrischen Reaktionen und Militaristen in der Frage des Friedensvertrages ist ein Beweis für den unübersehbaren herrschaftlichen Charakter, der in den kommunistischen Reihen herrscht. Auf der einen Seite erheben sie gegen die Reaktionen die schwersten Vorwürfe, auf der anderen Seite reichen sie den Reaktionen; die alle Gewaltmittel gegen sie spielen lassen, die Hände und verbünden sich mit ihnen zu einem nationalstaatlichen Rummel, der letzten Endes gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist. Sie in einer wahnsinnigen Taumel hineinreichend soll, damit ihr in der Trunkenheit das Fell um so gründlicher über die Ohren gezogen werden kann.

Dieselbe Politik wie 1914! Nur daß die Rolle der Sozialpatrioten diesmal von den Kommunisten gespielt wird. Schon einmal, während des russisch-polnischen Krieges, haben die deutschen Kommunisten eine Kriegshetze getrieben, die an Leidenschaft, Oberflächlichkeit und Unverantwortlichkeit die alldeutsche Hetze weit übertraf. Die Pariser Konferenz gibt ihnen nun erneut den Anlaß zu nationalstaatlichen Wahnsinnsgelüsten.

Aber das deutsche Proletariat hat aus dem Weltkrieg gelernt. Es läßt sich nicht in neue Katastrophen stürzen, ganz gleich, ob das Signal dazu von nationalstaatlicher oder von kommunistischer Seite gegeben wird. Denn in beiden Fällen würde das Proletariat die Kosten dieses Abenteuerers bezahlen müssen, während sich die Brandstifter zur rechten Zeit einen ungefährlichen Platz zu sichern wüßten.

Verbrecher und Narren

Noch ehe die Öffentlichkeit zu den Vorschlägen der Pariser Konferenz Stellung nehmen konnte, gab die deutsche nationalsozialistische Volkspartei, der preussische Minister Herrgert Montag abend in einer Wählerversammlung in den Kammerjulen folgende Parole ausgegeben:

„Wir müssen uns der Entente gegenüber verhalten, als ob wir es mit Wahnsinnigen zu tun hätten. Diese Verträge von Antwerpen dürfen überhaupt nicht Gegenstand von Verhandlungen werden. Nicht hinüber nach London oder Brüssel muß unsere Parole sein; wir wollen sehen, ob sie es wagen, ihre Forderungen mit Gewalt durchzuführen! In einer solchen Haltung brauchen wir aber eine starke Regierung. Wird unsere Regierung endlich die Parole ausgeben: „Vorwärts für Deutschlands Reich!““

Noch deutlicher als dieser Katastrophopolitiker der seinerzeit prophezeite, kein amerikanischer Soldat werde nach Europa kommen können, äußert sich der Leitartikel der „Deutschen Zeitung“, der die hysterische Parole ergiebt: „Nein, nein, und abermals nein!“

„Was die Folgen dieses Neins sein werden, ist uns ganz gleichgültig. Mögen die Feinde Deutschland bis Königsberg besetzen, mögen sie uns das Bett unterm Kolbe wegnehmen, mögen sie uns Mann für Mann niedermecheln, wir geben unsere Hand nicht dazu her, deutsches Fleisch und Blut für ewige Zeiten fremden Wölfen in die Anschauung zu vergeben. Was sollen uns jetzt noch Händlerbedenken und Händlerlisten, weil sie die demokratische Presse zutage fördert, was helfen uns verkommene Redensarten von internationaler Verbrüderung der Sozialdemokraten? Es geht um Leben und Sterben unseres eigenen Volkes.“

Betrogen und betrogen, haben wir die Waffen fortgeworfen, wehrlos sind wir der Willkür der Feinde preisgegeben. Aber auch der Wehrlose ist noch ein lurchbares Geschick, wenn man ihn zur Verweilung bringt. Unsere Feinde mögen sich hüten! Wir haben jetzt buchstäblich nichts mehr zu verlieren als die Ketten!“

Zum Schluß wird an die Regierung folgende Forderung gestellt:

„Laut und vernünftig, klar und unzweideutig, muß heute die Regierung im Reichstage erklären: Der Schmachfrieden von Versailles besteht für uns nicht mehr!“

Offen geht aus dieser Parole wie aus den Heuforderungen Herrgerts hervor, daß die deutsch-nationalen Katastrophopolitiker, die die Hauptschuld an dem heutigen Elend tragen, das Volk wieder in eine neue Katastrophe treiben wollen. Denn die herausfordernden Reden der deutsch-nationalen haben nur dann einen Sinn, wenn sie den Bruch des Versailles Friedens und den offenen Kampf gegen die Entente wollen. Wir sehen nicht an zu erklären, daß eine derartige Haltung ein triviales Spiel mit dem Feuer, ein unsühnbare Verbrechen am deutschen Volke ist. Gerade weil alles versucht werden muß, die Entente von der Undurchführbarkeit ihrer Forderungen zu überzeugen, muß mit aller Entschiedenheit betont werden, daß die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes mit den verbrecherischen Brandstiftern auf der rechten nicht das geringste gemein hat.

Ebenso deutlich muß aber gesagt werden, daß die Katastrophopolitiker von links, die erneut

mit dem Gedanken eines neuen Krieges gegen die Entente spielen, sich als unheilbare Narren entpuppen. Die „Rote Fahne“ erklärt in ihrer gestrigen Abendausgabe:

„Aus dieser Situation gibt es keinen anderen Ausweg, als daß das deutsche Proletariat selbst die Geschichte seines Staates in die Hand nimmt. Dann gewinnt es sofort durch das Bündnis mit Rußland genügend Macht, um der Ausbeuterklasse der Entente Staaten nicht wehrlos gegenüberzutreten und es jenen ratlos erscheinen zu lassen, den Degen nicht allzu straff zu spannen, dann erstarkt aber auch die proletarische Revolution in den Siegerstaaten so gewaltig, daß der vollkommene Sieg der Weltrevolution, die allen imperialistischen Schand- und Ausbeutungsvorträgen ein Ende bereitet, gesichert erscheint.“

Also Krieg gegen die Entente im Bunde mit Rußland und dem Zukunftsweg auf die Weltrevolution in der Tasche. Dieser Irrsinn ist nichts weiter, als ein Rückfall in nationalbolschewistische Gedankengänge, und es ist äußerst bezeichnend, daß die kommunistischen Tiraden sich nicht nur mit den Parolen der Deutschnationalen berühren, sondern daß die „Rote Fahne“, nachdem sie lobend feststellt, daß die Deutschnationalen die einzigen seien, deren Stellungnahme klar ist, betrübt hinzusetzt, daß auch sie einen Widerstand als aussichtslos bezeichnen.

Doch warum die Hoffnung aufgeben? Vielleicht überzeugen die großen Strategen der B. K. P. D. die verwandeltesten Militaristen auf der Rechts, daß sie bloß zugunsten der Kommunisten abzugeben und ihnen die politische Macht zu übergeben hätten, um dann, im Bunde mit Rußland, die „Entscheidungsschlacht am Rhein“ zu schlagen!

Wilhelm der Größenwahnsinnige

Dokumente aus Bismarcks Erinnerungen

Die Veröffentlichung des 3. Bandes von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ ist verboten worden, weil das ungünstige Urteil, das Bismarck darin über Wilhelm Hohenzollern fällt, der Deutschnationalen nicht bekannt werden soll. Dem Ausland ist der Inhalt dieses Werkes aber bekannt geworden, es werden Auszüge daraus veröffentlicht, und so erfährt Deutschland auf Umwegen, wem Mensch und Zeitgenosse durch die „Fügung Gottes“ berufen war, 30 Jahre lang die Geschichte eines Millionenvolkes zu führen. Für die Unreife des späteren Kaisers ist folgender Brief charakteristisch, den der Vater an Bismarck schrieb, als dieser den Prinzen im Auswärtigen Dienst beschäftigen wollte:

„Ich halte es für notwendig, daß mein ältester Sohn die innere Lage des eigenen Landes kennen lernt, bevor er, der zu vornehmlichem Urteil reift, sich mit Politik beschäftigt. Sein Wissen weilt Wägen auf. Er hat noch keine richtigen Unterlagen und im Zusammenhang mit seiner Unreife und dem Mangel an Erfahrung, mit seiner Neigung zur Selbstüberhebung und Selbstüberhebung muß ich es als entschieden gefährlich bezeichnen, ihn jetzt bereits mit Fragen der auswärtigen Politik in Verbindung zu bringen.“

Der Plan, den miktrotene Sohn zu einer ersten Lebensaufassung zu erziehen, war nicht durchführbar. Er führte sich über alle erhabenen und pfuschte fortgesetzt in der Politik herum, obwohl er dazu noch gar nicht befähigt war. Bismarck schildert z. B., wie sich Prinz Wilhelm 1887 lebhaft für die Stadtmision des antisemitischen Hofpredigers Dr. Stöcker einsetzte. Gegen die Agitation Stöckers wurde nun ein Pressefeldzug eröffnet, und der Prinz glaubte, Bismarck stehe dieser Kampagne nicht fern. Er richtete daraufhin einen Brief an Bismarck, verteidigte darin ausführlich seine Tätigkeit für die Stadtmision, da das die vernünftigste Aktion gegen die Sozialdemokratie sei. Der Brief, der Ende 1887 geschrieben ist, schließt mit dem Wunsch eines glücklichen neuen Jahres für Bismarck:

„Möge es Ihnen besetzt sein, wie bisher für das Land zu sorgen, sei es im Frieden, sei es durch den Krieg. Sollte das letztere der Fall sein, dann vergessen Sie nicht, daß hier eine Hand und ein Schwert von einem Manne bereit stehen, der sich wohl bemüht ist, daß Friedrich der Große sein Vorfahren ist, der allein dreimal sowohl Gegner hatte als wir jetzt und der während 10 Jahre seiner bewährten Ausbildung nicht umsonst so hart gearbeitet hat.“

In einem anderen Brief, ebenfalls aus dem Jahre 1887, also aus einer Zeit, wo der Großvater Wilhelms noch am Leben war, traf der Prinz bereits Vorkehrungen für den Fall, daß er plötzlich die Regierung übernehmen müsse. Der Brief sollte dann sofort den Bundesfürsten überreicht werden. Es heißt darin:

„Es handelt sich darum, daß die Bundesfürsten parieren müssen, wenn ich sie erst von meinem Wesen und von meinen Anlagen überzeugt und sie ganz in der Hand habe, dann parieren sie desto lieber. Denn pariert muß werden, aber besser ist es, wenn es aus Vertrauen und Ueberzeugung geschieht als gezwungen.“

Bismarck antwortete auf den Brief erst am 6. Januar 1888. Er sagte, er mühte ein ganzes Buch schreiben, um den Brief richtig zu beantworten und gibt dem Prinzen den Rat, ihn unverzüglich zu verbrennen. Wenn ein solcher Brief vorzeitig bekannt werden würde, dann würden nicht nur der Kaiser, sondern auch der Kronprinz peinlich betroffen werden und eine Geheimhaltung sei ja kaum zu erwarten. Bismarck lehnte dem Prinzen dann auseinander, welche Stellung die Bundesfürsten nach der Verfassung im Deutschen Reich einnehmen und er schließt:

„Denn den einzigen Schutz für die Monarchie erblicke ich in dem Königsgedanken, für die Demokratie helfen nur Soldaten. Dies alte Wort von 1848 bleibt wahr. Priester können dabei viel verderben, aber wenig helfen. Die Länder, in denen die Priester am stärksten sind, sind die revolutionärsten und 1848 standen im gläubigen Glauben alle Priester auf Seiten der Regierung, und doch hat Hinterpomern sozialistisch gewählt.“

Wilhelm hat diese Belehrungen Bismarcks sehr abgenommen. Er wollte alles besser wissen. Am 14. Januar 1888 antwortet er Bismarck: „Ueber eine Manifestation, wie es diejenige sein wird, wenn Stöcker offiziell von der Spitze der Stadtmision verschwindet, denke ich, daß diese Verdächtigungen meiner Absichten meine Stellung verstärken müssen. Falls nicht, dann wehe denen, über die ich zu regieren haben werde.“ Hierzu bemerkt Bismarck, daß hier bereits das prinzipielle Wort bzw. der spätere kaiserliche Ausspruch enthalten war: „Wer mir entgegentritt, den erschmettere ich.“

Nun, Wilhelm hat das „Erschmettern“ gründlich befolgt. Er wurde ein paar Monate später Deutscher Kaiser und blieb während seiner ganzen Regierungszeit der Mann, als den ihn sein Vater geschildert hat: lächerliche Bildung, Mangel an Erfahrung, Unreife, Selbstüberhebung und Selbstüberhebung, das waren seine angeborenen Fähigkeiten. Er hat sie nicht abgestreift, zumal eine unterwürfige Gesellschaft

von Kriechern und Schmeichlern seine Umgebung bildete und bestrebt war, gerade die schlechtesten Eigenschaften des Kaisers in edelste Tugenden umzufälschen. Und so konnte Wilhelm Hohenzollern seinem Größenwahn ungehemmt die Zügel schießen lassen. Herrlichen Zeiten wollte er „sein“ Volk entgegenführen. Er führte es mitten in die Katastrophe des 4. August hinein, und von da ging der Weg geradeaus nach Versailles, Spa und Paris.

Wenn die Parteien heute über die harten Bestimmungen des Friedensvertrages jammern, so muß ihnen immer wieder vorgehalten werden, daß der Friedensvertrag in erster Linie das Werk jener kaiserlichen Politik ist, der sie bis zum November 1918 bereitwillig ihre Unterstützung angedeihen ließen. Das mögen sich vor allem die Wähler vor Augen halten, bevor sie am 20. Februar zur Wahl gehen. Ein Größenwahnsinniger hat Deutschland ins Unglück geführt, und sämtliche Parteien des Reichstages, mit Ausnahme der Unabhängigen, unterstützten länger als 4 Jahre diese verderbliche Politik.

Die Wahrheit über die Marine

Koske als Kronzeuge der Deutschnationalen

Bei der Beratung des Marinestats im Reichstag sprach am letzten Freitag Genosse Kuhn für die USPD. Er schilderte die Zustände in der Marine während des Krieges und nach der Revolution und beleuchtete besonders scharf den reaktionären Geist, der sich während der Kapitulation in den Marinestationen ausstobte. Genosse Kuhn belegte seine Darlegungen mit einer Fülle ganz neuen Materials, besonders interessant war der Hinweis, daß der Admiral von Trotha, der Busenfreund Koskes, Mitte November 1918, also schon nach der Revolution, noch den Verlust machte, die Marinemannschaften zu einem Kampf gegen England zu bewegen.

Diese Wahnsinnstas konnte Herr Trotha natürlich nicht vollziehen, weil die Matrosen als Vortrupp der Revolution auf dem Plan waren und Trotha die entsprechende Abfuhr gaben. Aber gerade mit der Marine wollten die deutschen Militaristen noch einen Verzweiflungstreich wagen, nachdem sie zu Lande eine schmachvolle Niederlage davongetragen hatten. Die ablehnende Haltung der Matrosen war es, die den Haß aller Reaktionäre auf sie lenkte und jene Hege hervorrief, die bis zum heutigen Tage gegen die Revolutionsmatrosen betrieben wird.

Genosse Kuhn sprach im Reichstag in sehr vorgerückter Stunde. Es war daher nicht möglich, seine hochwichtigen Ausführungen ausführlich wiederzugeben. Insbesondere konnte die glänzende Ausführung nicht veröffentlicht werden, die Genosse Kuhn den Deutschnationalen zuteil werden ließ, als sie die Sunnentaten der deutschen Soldaten in China, insbesondere in Kwantung, recksfertigen wollten, jenen Sunnentaten, zu denen Wilhelm Hohenzollern die deutschen Soldaten, die nach China zogen, in seiner bekantene Rede direkt aufgefördert hatte. Genosse Kuhn, der die Expedition gegen China mitgemacht hat, konnte aus eigener Erfahrung sprechen. Seine wahrheitsgetreuen Angaben brachten die ganze bürgerliche Meute aus dem Häuschen. Die Rechte und auch ein großer Teil der übrigen Abgeordneten, verließen demonstrativ den Sitzungssaal, und um nun den Genossen Kuhn abzufragen, hielten die Deutschnationalen ausgerechnet das Großmaul Gustav Koske zur Hilfe. Es war ihnen unmöglich, die Darlegungen des Genossen Kuhn zu entkräften. Koskes Buch „Von Kiel bis Kapp“ sollte nun dazu dienen, den Genossen Kuhn persönlich herabzusetzen. Die bürgerliche Presse griff das vorgetragene Zitat Koskes gegen Kuhn auf und setzte gegen ihn Tagelang eine unwürdige Hege fort.

Das Koskesche Pamphlet ist bekannt. Der Mann hat darin nicht nur die Unabhängigen angegriffen, sondern auch eine ganze Reihe seiner Parteigenossen, die ihn deswegen einen verheimlichten Burschen genannt haben. Der Haß Koskes gegen Kuhn stammt nun in erster Linie daher, daß es Kuhn gelungen war, Einblick in die Geheimakten des Reichsmarineamtes zu nehmen. Aus diesen Geheimakten geht hervor, daß Koske schon im Jahre 1917 die Genossen Haase, Boghner und Dittmann ins Zuchthaus bringen wollte. Der Mann, der einmal im Reichstag versicherte, im Falle eines Krieges die Flotte auf den Bafel zu nehmen, hat, wie alle Heilmirer, den Heidentod den anderen überlassen. Ihm gefiel es besser, auf Reisen zu gehen, verlogene und gefährliche Kriegsbetrügereien zu schreiben und sich im übrigen in den Stappentartieren, und insbesondere in den Marinestations, einen verknüpfen Tag zu machen.

Die guten Beziehungen, die Koske mit den kaiserlichen Offizieren unterhielt, veranlaßten ihn also damals zu der Forderung, den Genossen Haase, Boghner und Dittmann den Prozeß wegen Hochverrats zu machen. Kuhn hatte davon Kenntnis erhalten, und deshalb versuchte Koske, sich des unheimlichen Zeugen zu entledigen. Kuhn war durch die Arbeiter- und Soldatenräte der Nordseestationen zum Präsidenten von Ostfriesland bestimmt worden. Koske trug gegen ihn eine Reihe völlig beweisloser Beschuldigungen vor, ließ ihn sogar verhaften und Monate lang festhalten, ohne daß sich eine der vorgetragenen Beschuldigungen hätte beweisen lassen. Genosse Kuhn mußte später aus der Haft entlassen werden, das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt.

Die Angriffe, die jetzt die bürgerliche Presse gegen den Genossen Kuhn richtet, können ihn also nur ehren, und zwar gerade deshalb, weil sie keinen anderen Kronzeugen aufzubringen vermögen, als ausgerechnet jenen Gustav Koske, der der Hauptverantwortliche dafür ist, daß sich die Reaktion in Deutschland heute wieder so fest in dem Sattel fühlt. Denn von Koske lobend erwähnt zu werden, würde bedeuten, daß der Gelobte sich verräterisch gegen seine Klassenossen betragen hätte. Können wir also der deutschnationalen Presse diesen Kronzeugen. Sie weiß, was sie an ihm hat, und auch die Arbeiter wissen, wem hervortragender Kronzeuge gerade dieser Gustav Koske ist!

Verbrecherschutz durch Gerichte

Der Ueberfall auf Dr. Magnus Hirschfeld bleibt ungeahnt

Wie die „Dena“ erzählt, hat der Erste Staatsanwalt bei dem Landgericht München I das im Verfolg des am 4. Oktober 1920 in der Eisenanlage in München auf Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld verübten Ueberalles wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs eingeleitete Verfahren eingestellt, da die umfangreichen Erhebungen keine Anhaltspunkte zur Ermittlung der Täter erbrachten. Die Untersuchung ergab, daß ein Anschlag gegen Dr. Hirschfeld zwar bereits vor dessen Antritt in München geplant und vorbereitet war, doch sind die eigen-

lichen Täter im Dunkel der Nacht entkommen, so daß es nicht mehr möglich war, sie ausfindig zu machen.

Der Ueberfall auf Dr. Magnus Hirschfeld in München ist von deutschnationalem und deutschbolschewischem Jugendpöbel verübt worden. Als das Attentat nicht den gewünschten Erfolg hatte, schrieb ein in Dresden erscheinendes deutschbolschewisches Jugendblatt, der Mißerfolg sei sehr zu bedauern, Männer wie Dr. Hirschfeld müßten ermordet werden. Es fand sich natürlich kein Staatsanwalt, der gegen das Blätlichen strafrechtlich einschritt und auch die Münchener Buben, die das Attentat auf Hirschfeld ausführten, haben jetzt ihren Richter gefunden. Sie sind „im Dunkel der Nacht entkommen!“ Ein neuer, glücklicher Einfall eines dienst-eifrigen Staatsanwalts, ein ebenso glücklicher Ausweg für alle nationalistischen Mordbuben!

Der demokratische Klügel

Die Demokratische Partei veröffentlicht ihre Landesliste für die preussischen Wahlen. An der Spitze dieser Liste steht der frühere Schöneberger Oberbürgermeister Dominicus, dann folgt eine Dame aus der Provinz und der Geschäftsführer der Partei Janßen, und erst an vierter Stelle kommt der frühere Reichsminister Dr. Preuß, der einzige demokratische Kandidat, der ein wenig über den Durchschnitt der liberalen Bezirksvereinsgrößen emporragt.

Schon bei der Aufstellung der Berliner Kandidatenliste mußte Dr. Preuß zugunsten des Spielers Dr. Fischbeck, des reaktionären Mittelständlers Kahard und ähnlicher Größen im Hintergrunde verschwinden. Jetzt ergeht es ihm ähnlich. Der alte Klügel in den demokratischen Bezirksvereinen ist eben unbesiegtbar. Insbesondere dann, wenn der „Klühling“ Wissen und Geist besitzt und sich wie Herr Dr. Preuß durch ein klares, unumwundenes Bekenntnis zur Republik „kompromittiert“ hat.

Zum Wahlkampf in Magdeburg

In Magdeburg war von unserer Partei zum Sonntag normittag 9½ Uhr eine öffentliche Versammlung einberufen worden, die zu den Landtagswahlen Stellung nahm. Sie gestaltete sich zu einem großen Erfolg für die USPD, und zu einer klaren Blamage für die Kommunisten und des von Berlin herbeigeleiteten Kommunisten Richard Müller. Trotz der unglücklichen Versammlungszeit, die die Teilnahme von Frauen fast völlig verhinderte, war der Sitzungsraum, das größte Versammlungsort Magdeburgs, in Manago und Kumbis bis auf den letzten Platz besetzt und in den Zugängen standen die Teilnehmer der Versammlung dichtgedrängt.

Genosse Alwin Brandes gab in 1½stündigem Vortrag ein übersichtliches Bild der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands. Er nahm sich dann die Parteien im Einzelnen vor, ihre furchtbare Schuld an dem Elend des Volkes feststellend, zuletzt auch die Schuld der Kommunisten, die in dieser Versammlung einen Wurf zu ihren Gunsten zu machen gedachten. Er erregte die kommunistischen Zwischenrufer wurden, desto härter wurde die Zustimmung der Versammlung, als der Redner schilderte, wie die Politik der Kommunisten zu einer Kette von Niederlagen für die Arbeiterklasse geworden ist, für die sie mit den demagogischen Mittel andere verantwortlich zu machen versuchen. Unter lebhaftem Beifall legte Brandes dann die eindeutige Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie klar, für deren Sieg bei den Landtagswahlen alle Kräfte einzusetzen seien.

In der Debatte nahm R. Müller als erster das Wort. Seine Ausführungen fanden je länger, je mehr den Widerspruch fast der ganzen Versammlung. Er verwies dann darauf, daß er in einer öffentlichen Versammlung auf alle Angriffe der heutigen Versammlung eingehen wolle. Seine politischen Freunde machten eigenartige Gefächter zu solcher Leistung eines ihrer Führer. Im Schlusswort fertigte Brandes Müller gebührend ab. Ein Besuch, der Beginn des Schlusswortes die Versammlung zu sprengen, scheiterte vollständig. Nur eine kleine Zahl folgte der kommunistischen Aufforderung zum Verlassen der Versammlung.

Mietssteuergesetz im Wohnungsausschuß

Im Wohnungsausschuß des Reichstages berichtete am Dienstag der Vorsitzende Abg. Weich (Dem.) über die gestrigen Verhandlungen im Unterausschuß. An den Verhandlungen haben Mitglieder des Städtebundes, Städtetages und des Bundes der Landwirte teilgenommen, und es wurde zugegeben, daß bei einer entsprechenden Verringerung der einschlägigen Paragraphen des Wohnungsteuergesetz durchführbar sei. Der Reichsrat hat sich mit der Regierung verständigt unter der Voraussetzung, daß denjenigen Ländern, die das Reichsgesetz hinsichtlich der Aufbringung der Miete nicht durchführen können, Ausnahmen gestattet werden. — Abg. Solmann (Soz.): Man mühte vor Beratung der neuen Vorlagen die Mittel bewilligen, die zur Fortsetzung der Bautätigkeit notwendig sind. Der Segenwurf wird kaum noch zustandekommen, da noch viele Entwürfe gestellt werden müssen. — Ein Antrag Mummhammer (Dl.), der von der Reichskasse 1½ Milliarden als Vorkasse bereitstellen will, bevor die Bedungsfrage gelöst wird, wird von der Regierung und den Regierungsparteien in längerer Debatte bekämpft. — Abg. Kuhn (U. S. P.): Der Verlauf der Verhandlungen ist beschämend. Er beweist, daß der kapitalistische Staat das Wohnungsgesetz nicht befeitigen kann. Wir halten deshalb an unserer grundsätzlichen Haltung fest. Jetzt kommt es aber darauf an, daß für den Wohnungsbau unverzüglich Gelder bereit gestellt werden. Wir sind mit der Tendenz des Antrags Mummhammer einverstanden, beantragen aber, daß in Anbetracht der sicheren Wohnungsnot nicht 1½, sondern 5 Milliarden Mark bereitgestellt werden. — Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte werden die Beratungen auf Mittwoch verlegt.

Siller-Helmhake vor dem Schwurgericht. In dem bekannten Prozeßverfahren gegen den früheren Oberleutnant Hans Siller wegen Mordhandlung Untergebener, insbesondere des verstorbenen Gardeführers Helmhake beginnt die Verhandlung vor dem Schwurgericht des Berliner Landgerichts I in Moabit am 14. Februar. Für die Verhandlung sind drei Tage in Aussicht genommen.

Die Lehrerbildung. Ein Gesetzentwurf über die Umgestaltung der Lehrerbildung befindet sich im Reichsministerium des Innern in Vorbereitung.

Frankische Ein- und Ausfuhr. Nach einer offiziellen Statistik hat Frankreich im Jahre 1920 für 35 404 951 000 Franken Waren eingeführt. Im Jahre 1919 betrug der Wert der eingeführten Waren 35 799 267 000 Franken. Das bedeutet eine Verminderung um 394 316 000 Franken. Ausgeführt hat Frankreich im Jahre 1920 Waren im Werte von 22 434 557 000 gegen 11 879 600 000 Franken im Jahre 1919. Somit ist der Wert der Ausfuhr im Jahre 1920 um 10 555 157 000 Franken gestiegen.

Gegen die 3. Internationale. Nach einer Sonermeldung aus Moskau hat der Kongreß der sozialistischen Föderation von Haute-Vienne mit 54 gegen 10 Stimmen bei zwei Enthaltungen den Anschluß an die 3. Internationale abgelehnt.

Weisse Woche

Spangenschuhe
weiss, Stoff 59⁰⁰

Erbstüll-Halbstores mit Bandarbeit und Volant 55⁰⁰
Erbstüll-Halbstores sehr schwere Bandarbeit und Volant 110⁰⁰ 120⁰⁰
Erbstülldecken mit Bandarbeit, vorläufige schöne Muster, 1 Bett 215⁰⁰ 295⁰⁰
Bettdecke für 2 Betten, Tüllgewebe, Figurenmuster 275⁰⁰
Tüllgardinen Garnitur: 2 Schals, 1 Behang Fenster 75⁰⁰

Tülldecken 125⁰⁰ 150⁰⁰ 175⁰⁰
für 2 Betten
Etaminestoff 80 cm breit Meter 12⁵⁰
Alloverneff 125 cm breit, kleine Kömmermuster Meter 19⁵⁰
Mullbafist 115 cm breit, verschiedene Muster, besonders geeignet für Schlafzimmergardinen Meter 22⁰⁰

Künstlergardinen Tüll, weisse Qualif., 190⁰⁰ 220⁰⁰
Fenster: 2 Schals, 1 Behang
Mullgardinen für Schlafzimmer, Garnitur 2 Schals, 1 Behang 140⁰⁰
Scheibengardinen abgepaßt 8⁰⁰ 9⁰⁰
Tüll-Gardinestoffe zirka 110 cm breit 14⁰⁰
Etamine zirka 145 cm breit, kariert 27⁰⁰

Trikotagen

Kinder-Jäckchen Baumwolle, gestrickt, weiss, Größe 1-2 4⁹⁰ Größe 3-4 5⁵⁰
Kinder-Jäckchen Baumwolle, gestrickt, weiss, Größe 1-2 6²⁵ Größe 3-4 6⁹⁰
Damen-Hemdchen Baumwolle, weiss, ohne Arm, Serie I 8⁷⁵ Serie II 10²⁵
Damen-Schlupfhöschen Baumwolle, farbig 19⁷⁵
Damen-Hemdchen Baumwolle, weiss 21⁵⁰
Hemden u. Beinkleider Sommer- u. Winterqualität, alle Größen 29⁰⁰ 39⁰⁰

Damenwäsche
Wäschestoffe
Leinenwaren usw.

Damen-Strümpfe Bat. gewebt, la Qual. 12⁵⁰ 16⁵⁰
Damen-Strümpfe Wolle gew., schwarz 22⁵⁰ 29⁰⁰
Kinder-Söckchen Gr. 1-5 Gr. 6-9
Baumwolle, gewebt, farbig 3⁷⁵ 4⁵⁰

Handschuhe

Weisse Damen-Handschuhe Zwirn, gemustert 1⁹⁵
Weisse Damen-Handschuhe Seide, Perlfäden, 2 Druckknöpfe 6⁷⁵
Weisse Damen-Handschuhe Leinwandstoff, 2 Druckknöpfe 9⁷⁵
Weisse Damen-Handschuhe lang, 12 Knöpfe, Leinwandstoff 29⁷⁵
Weisse Damen-Handschuhe lang, 12 Knöpfe, Seide, glatt 39⁷⁵
Weisse Damen-Glacé Handschuhe, Ziegenleder, 2 Druckknöpfe 39⁷⁵

HERMANN TIETZ

Damen-Strümpfe Baumwolle, gewebt 7⁷⁵ bis 9⁷⁵
Herren-Socken Baumw., gewebt, farbig .. 6²⁵ 7⁵⁰

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 Uhr: Das Postamt
Die Komödie der Herrungen
Neues Volkstheater
Abend: Nora
Staatstheater
Opernhaus
7 Uhr:
Der Bardier von Sevilla
Schauspielhaus
7 Uhr:
Torguato Taffo
Vorstellung: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
8 Uhr: César u. Kleopatra
Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Der pathetische Ouz
Großes Schauspielhaus
Paritätische
7 Uhr: Merian Meyer
(7. Abteilung, 3. Abend)
Königsgräber Str.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Selbstinszenierung
mit Max Paillonberg
Romödienhaus
7 1/2 Uhr: Die Gasse mit Volz
mit Max Paillonberg
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Die spanische
Nachtgall
Kleines Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Celanovus Sohn
Residenz-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Lady Windermere's Fächer
von Oscar Wilde
Th. am Hofendorfsplatz
7 Uhr:
Wenn Liebe erwacht ...
Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Defertene
Thalia-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Mascottchen

Leffing-Theater
Dienstag: Victor Barnowsky
Heute und Donnerstag
7 1/2 Uhr: Ein idealer Gatte
Freitag 7 1/2 Uhr: Plumes
Deutsches Kunst-Theater
Abend: Die Scheidungsreise
(Max Adalbert, Trude Hasterberg)
Casino-Theater
7 1/2 Uhr:
Königstadt-Theater
Alexanderstr. 21 Hof. Janowitz
Täglich 7 30 Uhr:
Gala-Sänger
Folies Caprice
am Oranienburger Tor
Theater a. Kolibuser Tor
Kolibuser Straße 4-7.
Tägl. 7 1/2 u. Sonntag
nachm. 3 Uhr
Eintrags-Sänger
Zum Schluss: „Der
Kriegsgewinner.“
Nachm. nahe Fr. 1
Vorr. 11-12 u. 4-6
u. 7-8 Uhr
7 1/2 Apollotheater
Sensations-Asiatische
Madame Dubarry's
Lobesreden
mit der weltberühmten
Scharot
Der lustige Spielplan
F. H. von
Lutz Boelcke
Camarosa
Gerald & Gerda
Lene Neumann
Tom Viehig-Trio
Paul Goldler
Alaska & Rakos
Carl Christoff
8 Griz Grigor
Walter Steiner
Kai Jung-Truppe
Residenz-Kasino
Stumenstraße 10
neben Residenz-Theater
Tägl. Gr. Ball
für die ältere Jugend
auch Sonntags

SCALA
LUTHERSTR. 22-24
DIE VARIETE-BÜHNE GROSS-BERLIN

Neu! Neu!
Die Heilung der Prinzessin Pierapinta
 Ein Spiel in 2 Akten
 von W. Schnackenberg und Eth. Charrel
 In der Titelrolle: Yvona Salmonowa
 Anna Hatos
 mit ihren 10 Trauerschwestern
 Schloß Peter Pathé und
 Konrad Johansen in neuen Langschiffungen
 Original-8 Platz ... 3 Collos
 Außerdem weitere 6 erstklassige
 Schaunummern

Vorverkauf an der Kasse 10-12 Uhr,
 sowie H. Wertheim und Invalidenbank
 Sonntags 3 1/2 Uhr halbe Preise

Neue Welt
ARNOLD SCHOLZ
Hasenheide 108-114
Reise Mittwoch, den 2. Februar
Größer Tag
hayr. Bierfest
 Anf. 8 Uhr / 5 Kapell. / 30 Kapell. / 30 Kapell.
 Morg. Donnerstag, 3. Febr.
 Dr. Schwelbendicht.

Kranke Frauen
 erhalten unentgeltlich Kosmetik
 über schnelle Befreiung von
 Blutarzt, Weiblich, Schwelbendicht.
 Kildaport reiten
 Frau Vertha Koopmann
 Berlin 118, Potsdamer Str. 104

Korpulenz
Fettleibigkeit
 Dr. Heilbauer's gr. geist.
Entfettungs-Tabletten
 ein vollkommenes, schmerzlos
 und erfolgreiches Mittel
 ohne Einhalten einer
 Diät. Keine Schilddrüse.
 Leicht bekömmlich!
 Verschüre auf Wunsch!
 Elefantent-Apothek
 Berlin SW. 191
 Leipziger Straße 74
 (Erdgeschoss)

Kloider-Vorworgungs-
Gesellschaft
 Berlin
 Kommandantenstr. 80-81
 am Dönhofsplatz
 Geöffnet 9-6 Uhr
 Sonab. 9-7 Uhr

KVG
 II. Verkaufsstelle
 Warschauer Strasse 33
 Ecke der Memeler
 Strasse
 Geöffnet von
 9 bis 7 Uhr

Spezial-Arzt Dr. J. J. für Geschlechts-,
 Haut, Harn, Frauenleiden,
 nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Statuentfahrungen,
 spec. chron. Harnleid. u. Ausflüsse, Licht u. Röntgen-Behtle
 in der Heilung.
Dir. O. Löser, Münzstr. 9
 nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1. Damen privat

Spezial-Arzt Dr. J. J. für alle Geschlechts-,
 Haut, Harn, Frauenleiden,
 nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Statuentfahrungen,
 spec. chron. Harnleid. u. Ausflüsse, Licht u. Röntgen-Behtle
 in der Heilung.
Dir. A. Löser, Münzstr. 9
 nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1. Damen privat

Raucherbank!
 Das sicherste Mittel, das
 Rauchen ganz od. teilweise
 einzustellen. Wirkung ver-
 blügend. Kausant umsonst
 Vers. San. Artikel Gg. Engelhardt,
 Wilhelmstr. 21, Rudowstr. 9.

Bettläsener
 Bettung sofort.
 Alter und Geschlecht an-
 geben. Kost. umsonst.
 Vers. San. Artikel Gg. Engelhardt,
 München 8 72, Kapuzinerstr. 9

Schlaflos!
 Ickheit, nervöse Unruhe und Ver-
 zerrungen, Herzklopfen, wenn
 den behoben durch Baldra-
 mentausdrüsen-Blanzin-
 nosen, die natürlichste Mittel-
 gen zur Beseitigung der Ursachen.
 Dr. Otto Reichel,
 Wilmstr. 25, Lindenstr. 4

Möbel auf Bar oder Kredit
 in den billigsten Preisen und leichtesten
 Bedingungen. - Liefer auch auswärts.
Möbel-Groß
 Große Frankfurter Straße 141
 Invalidenstr. 5, Eingang Adorfstr.

Auch die sauberste Mutter
 kann es nicht verhindern, daß ihr Kind ge-
 legentlich Ungezieher aus der Schale mitbringt.
 Dieses wird radikal vernichtet durch
PFEIFFEROL
 Kopfwasser gegen Läuse und deren Brut (Nisse).
 Parasiten-Liniment gegen Körper- und Kleiderläuse.
 Tricresol-Puder gegen Flöhe.
 Schweinfurter Grün-Ersatz gegen Schwaben,
 Wanzen, etc., Erfolg garantiert.
 Erhältlich in Apotheken, Drogerien usw.
 Apoth. Otto Pfeiffer & Pöbler, Berlin N. 65.

Wäsche und Wäschestoffe!

Hemdentuche, Madapolam Br. 80 cm 13.50, 11.75, 9.50, 7.50 M.
 Br. 125 cm ... Meter 22.50 M.
Zephyrs und Gingham Br. 80-120 cm, Meter 22.50 bis 13.
Karierte Kleiderstoffe Doppelbreite .. Meter 19.50 bis 14.
Flanell, Moltong, Velours Meter 15.50, 13.50, 11.95 10.
Panama-Stoffe Breite 95 cm, weiss, für Hemden u. Blusen 11.
Damen-Hemden aus Madapolam, Nessel 36.50 bis 24.
Mädchen-Hemden Gr. 50-90 cm, je nach Größe, 16.30 bis 6.
Knaben-Hemden Gr. 50-80 cm, je nach Größe, 17.55 bis 7.
Herren-Hemden ... Trikot 34.00 M., Netzhemden 9.
Damen-Strümpfe schwarz Paar 10.50, 7.75 und 6.
Herren-Socken Paar 14.00, 10.50, 6.80 und 3.
Kinder-Strümpfe Gr. 80a 1-5 Paar von 2.
Damen-Blusen von 19.
Scheuertücher 1 M.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der
Frieda Klopsch
 am 29. u. Ms. verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. Februar
 1921, abends 7 10 Uhr, im Krematorium Grödenstraße 141.
 Regere Beteiligung wird erwartet.

Nachruf
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der
Ernst Frenzel
 Langstraße 24, am 29. u. Ms. verstorben ist.
 Ihre ihrem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.

Kupfer
 Messing, Zinn usw.
 Dueschüber, Zehngebisse
 Platin, Gold, Silber
 kauft
Brunnenstr. 11
Benjelfstr. 29
Fennstr. 48
Weidenweg 72
Kupfer, Rotguss
 Messing usw.
 kauft zu höchsten
 Tagespreisen
 Budower Str. 12, G. Press. Str.

Konkurrenzlose Preise!
Fahrradrollen, prima Summi von 40.- bis 125.- M.
Fahrradschluco, in Summi 16.50 M. an.
 Alle Einzelteile für Fahrräder am Lager.
 10. Fahrradrollen und Karbid
Tafelrollen u. „Nord-Dr.“ Berlin Grosse Str. 89
Fahrradhaus „Nord-Dr.“ am Rosenhofer Tor.

Briefmarken :: Münzen
 kauft Großmann, Johannisstr. 4.
 Sonntag u. d. Feiertagen (Rr. 108) Norden 106 21

Unentbehrlich
 für
Arbeiter, Angestellte,
Parteigenossen
U. S. P. D.
Taschenkalender
1921
 Gut gebunden :: 4.- Mark
 Organisationen Preisermäßigung
Buchhandlung „Freiheit“
 Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

Gäle für Versammlungen, 50-200 Personen
 Gute Verpflegung :: Mackescher Hof,
 Rosenhofer Str. 40/41 :: Norden 3215

Künstliche Höhensonne
 Erfolgreichste Heilmethode bei
 Lungenerkrankungen, Nerven-, Husten-, Nahrungsmittel-,
 Appetitlosigkeit, Tische, Schwäche, Gelbsucht,
 Blutarzt, eugl. Krankheit, Harnstoff
 ...
Heilanstalt Dr. Andres
 Invalidenstraße 147, 1. Etage, Ecke Engestr.
 Sprechstunden 10-12, 4-6 Uhr u. Sonntag 10-12 Uhr
 10.- Mark Ermäßigung
 auf 10 Schaltungen bei Vorzeigen dieses Inserats

Groß-Berlin

Die Direktionsfrage bei der Straßenbahn

Die bisherige Direktion der Straßenbahn ist bekanntlich zurückgetreten und es ist anzunehmen, daß eine baldige Neubesetzung erfolgt. Es kommen vier Herren in Frage: der Generaldirektor Bussow, Herr Regierungsrat Wiede und Herr Hagemeier, außer dem Baurat Meier. Von allen Herren hatte sich Herr Hagemeier noch am besten mit den Arbeitern verstanden, aber er hat sich mit Herrn Bussow und Wiede solidarisch erklärt; er ist aber auch derjenige, der nicht die materiellen Vorteile bei einem Austritt aus der Kasse genießt, wie die anderen Direktoren. Diese Herren haben ihre Verträge und sichern sich die aus ihnen sich ergebenden Rechte. Besonders groß sind sie für den Generaldirektor Bussow. Dieser Herr bezog, als das Unternehmen noch Aktiengesellschaft war, an Gehalt und Tantieme jährlich etwa 115 000 Mark. Daß er außerdem als Aufsichtsratsmitglied anderer Unternehmungen noch weitere Einnahmen hatte, das nur nebenbei. Als der Zweiteverband das Unternehmen käuflich erwarb, wurde ein Gehalt von 40 000 Mark festgesetzt und das übrige Einkommen in Gestalt einer Rente ihm gutgeschrieben. — wenn wir recht unterrichtet sind, jährlich 60 000 Mark. Der Vertrag des Generaldirektors Bussow ist noch nicht abgelaufen und es wird sich fragen, ob dem Herrn wirklich eine solche hohe Summe gezahlt werden soll für — nichts. Denn Herr Bussow wird seine Kraft anderweitig verwenden. Ueberhaupt scheinen solche Verträge wirklich den guten Sitten zuwiderzulaufen, wie auch folgender Fall erweist. Bei der vor Monats erfolgten Erwerbung der Ostbahnen für den Zweiteverband stellte sich heraus, daß der Direktor dieser Bahnen, Herr Daubner, sich kurz vorher von seinem Bankkonsortium einen Vertrag auf 10 Jahre hatte geben lassen. Nach dem Erwerb ließ sich Herr Daubner, auf seinen zehnjährigen Vertrag pochend, eine recht ansehnliche Abfindung zahlen, weil Herr Daubner nicht für geeignet erachtet wurde, in die Direktion der Straßenbahn einzutreten. So wird die Allgemeinheit mit derartigen Verträgen in der unglaublichen Weise geschädigt. Hier muß sehr ernstlich nachgeprüft werden, ob die Verträge nicht nichtig sind. Die Direktoren können gar kein besseres Geschäft machen, zurückzutreten, sich die hohen Gehälter und Abfindungen zahlen zu lassen und dann in irgend ein Unternehmen einzutreten und sich neue hohe Einnahmen zu verschaffen. Mit der Direktionsfrage beschäftigte sich eine Reihe Anfragen, welche die Deutsche Volkspartei im Rathause gestellt hat. Sie will wissen, was der Magistrat getan hat, um der Direktion der Straßenbahn die Aufnahme ihres Dienstes zu ermöglichen und um die Verwaltung vor ungeschehlichen Eingriffen der Betriebsräte sicherzustellen. Die Antwort wird den Fragestellern zweifellos werden, ob sie aber mit ihr zufrieden sein werden, ist noch eine andere Frage.

Die Mißstände im Osthafen

Wie uns mitgeteilt wird, hat der Magistrat eine eingehende Untersuchung eingeleitet. Der Deputierte für Häfen, Stadtrat Schünning, hat zum Mittwoch eine Sitzung des Verwaltungsrates für Häfen und Schifffahrt einberufen, wo das bisherige Ergebnis der Untersuchung bekanntgegeben werden soll. Auch in der Stadtverordnetenversammlung wird Schünning eine eingehende Darstellung der Angelegenheit geben. Soviel kann heute als festgestellt gelten, daß die Anschuldigungen in dem Maße nicht zutreffen. So sind die Entwendungen größerer Mengen, die detailliert angegeben wurden, schon im Jahre 1919 erfolgt, wie überhaupt die meisten Vorkommnisse in den Zeitraum 1919 und 1920 fallen. Nicht bestritten wird, daß auch in letzter Zeit Verstöße vorgekommen sind. Diese werden rücksichtslos und gründlich untersucht werden. Doch darüber kann erst nach Abschluß der Untersuchung weiteres mitgeteilt werden. Die Behauptung, daß der Betriebsrat eine vorherige Anmeldung der polizeilichen Untersuchungen gefordert hat, ist unmaß. Dasselbe trifft für die Behauptung zu, daß der Betriebsrat gefordert hat, daß Schünning sich vorher beim Betriebsrat melden sollte. Eine solche Forderung hat der Betriebsrat niemals erhoben. Es hat den Anschein, als wenn diese Angelegenheit zugleich zu einer Hege

gegen den Magistrat benutzt wird. Das wird den zuständigen Deputierten natürlich nicht abhaken, die Untersuchung streng sachlich zu führen und Maßnahmen zu ergreifen, um die Mißstände zu beseitigen, deren Ursachen schon jahrelang zurückliegen.

St. Bureaufaktus in Berlin

Folgen aus dem Vorfall, den man nicht für möglich halten sollte, teilt ein Referat in einem bürgerlichen Organ mit: Meir & Fran erhielt am 3. 12. 20 von der Steuerkasse 14 durch einen Steuererheber eine Zahlungsaufforderung über 18 P. f. Zuschlag zur Gemeindeeinkommensteuer. Da der Beamte niemand angetroffen hatte, sand ich des Abends im Briefkasten das Zahlungsaufforderungsformular und eine Zahlkarte vor. Am 30. 12. 20 erschien ein zweiter Steuererheber mit einem Mahnschreiben, um den Zuschlag — nämlich 18 Pfen.

U.S.P.D. = Holzarbeiter aller Branchen und Bezirke besucht die am Donnerstag, abends 6 Uhr, in der Königsbank stattfindende Versammlung Werbt für die Liste: Freigang — Boese

nig — einzulassen. Wie mir dieser Beamte versicherte, hatte er die Straßenbahn benutzen müssen, da in meiner Gegend sonst nichts zu lastieren war. Ich stelle also folgendes fest: Es sind ganze 18 Pfennig zu lastieren. Dafür wurden aufgewandt: zweimal ein Steuererheber, der jedesmal mindestens 1 1/2 Stunde Zeit gebrauchte, dazu kommt das Straßenbahnfahrtgeld, pro Fahrt 80 Pfennig und die gedruckten Formulare, die auch nicht billig sein werden. Ein netter Beitrag zu dem Kapitel: sparsame Gemeinbewirtschaft!

Die Scheinwerfer, eine Gefahr für die Straße

Ueberräthig stark wirkende Scheinwerfer an Kraftfahrzeugen dürfen inner- und außerhalb geschlossener Ortschaften nicht verwendet werden. Obgleich das Polizeipräsidium wiederholt hieauf aufmerksam gemacht hat, nimmt die Zahl der stark blendenden Scheinwerfer infolge der Einführung von Lichtmaschinen täglich zu. Gegen diesen gefährlichen Unfug wird daher künftig scharf vorgegangen werden. Bei Meldungen der Aufsichtsbeamten über stark blendende Scheinwerfer wird auf Kosten der Eigentümer eine Untersuchung durch einen amtlichen Sachverständigen darüber stattfinden, ob die Scheinwerfer den zu stellenden Anforderungen genügen. Ist dies nicht der Fall, so wird die Ausschließung des Fahrzeuges vom Befahren der öffentlichen Wege und Plätze verfügt werden. Die amtlichen Sachverständigen haben unter Hinzuziehung von Vertretern der elektrotechnischen Industrie auf Grund eingehender Versuche folgende Normen festgelegt: Elektrische Scheinwerfer, bei welchen sich die Birnen im Brennpunkt befinden, dürfen allerhöchstens 60 Kerzen pro Lampe haben; es muß jedoch die Birne selbst oder die Scheibe des Scheinwerfers stark mattiert oder die Scheibe stark geriffelt sein. Außerdem müssen die Scheinwerfer soweit vornüber geneigt sein, daß die obere Kante des spitzen hellen Lichtkegels den Erdboden in höchstens 50 Meter Entfernung trifft, was einer Neigung des Scheinwerfers von 3 bis 5 Grad entspricht. Bei Acetylen-Scheinwerfern dürfen höchstens 25-Liter-Brenner Verwendung finden.

Die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung Rußlands

Im Arbeitsplan der Volkshochschule Groß-Berlin hält der Genosse Alexander Stein einen Vortragskursus über das obige Thema. Der Kursus umfaßt acht Abende zu 1 1/2 Stunden und findet in der Arbeitsstätte Neukölln, Reform-Realgymnasium, Boddinstr. 34—38, statt. Die Vorträge

werden jeden Mittwoch, um 7 Uhr abends, beginnen. Die Hörgelühr beträgt 6 Mark für den Kursus.

Aus der Vortragsdisposition erwähnen wir folgendes: Die Entstehung des russischen Staates. Die territoriale und nationale Gliederung des Reiches. Die wirtschaftliche Struktur des Landes. Rußland als europäische Großmacht und asiatische Kolonialmacht. Die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Reformen der sechziger Jahre. Die revolutionäre Bewegung der sechziger Jahre. Die politische und wirtschaftliche Krise zu Ende des 19. Jahrhunderts. Die Agrarfrage als Hauptproblem der russischen Wirtschaft. Die Revolution von 1905 und die Einführung der Verfassung. Der russische Imperialismus und der Weltkrieg. Die Revolution von 1915 und der Bolschewismus. — Am Mittwoch, den 2. Februar, abends 7 Uhr, findet der zweite Vortrag statt. Wir empfehlen unseren Genossen dringend den Besuch des Kursus. Höter werden noch aufgenommen.

Das Ortsgeheß über die Bezirksämter ist noch nicht genehmigt. Der Wahlausschuß des Verwaltungsbezirks 13 (Tempelhofer-Markt) hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, von einer Vorbereitung der Bezirkskommissionen solange abzusehen, als nicht das Ortsgeheß amtlich veröffentlicht ist, zum mindesten sichere Nachrichten über seine Bestätigung vorliegen. Auf Antrag der Deutschen Volkspartei wurde der Bezirksverordnetenversammlung einstimmig erlaßt, beim Magistratskommissar des 13. Bezirks, Stadtrat Schünning, dahin vorstellig zu werden, daß er auf möglichst baldiges Inkrafttreten des Ortsgeheßes hinwirken möge. Aehnlich weit zurück liegen die Dinge in anderen Bezirken. Nur wo sichere Mehrheiten bestehen oder bereits feste Abmachungen zwischen einzelnen Fraktionen getroffen worden sind, ist man bereits in die Beratung der Bewerberfrage eingetreten. Aber solange das Ortsgeheß über die Bezirksämter nicht bestätigt und amtlich veröffentlicht ist, entbehren alle vorbereiteten Maßnahmen der Rechtsgrundlage, und die Wahlausschüsse sehen sich in diesem Falle der Gefahr aus, infolge der Nichtbestätigung oder Aenderung des Ortsgeheßes, die nicht unmöglich sein dürften, ihre Arbeit von vorne anfangen zu müssen.

Erhöhung der Mehlration. Auf Anordnung des Reichsernährungsministers kommen ab 16. Februar d. J. — statt wie bisher 600 Gramm — 800 Gramm aus Auslandsgetreide im Inlande hergestelltes Weizenmehl pro Kopf und Monat neben der Brotkarte zur Verteilung. Der Kilogrammpreis für Kommunalverbandsbrot beträgt 7,50 Mark entsprechend den günstigeren Einkaufs- und Devisenpreisen. Dazu treten die Zuschläge für den Kleinhandel.

Milchbelieferung. Am 2. Februar 1921 werden die 1/2 Liter-Krankenkarten voll beliefert, die 1/4 Liter-Krankenkarten erhalten keine Milch. Am 3. Februar 1921 erhalten die 1/2 Liter-Krankenkarten nur 1/2 Liter Frischmilch, die 1/4 Liter-Krankenkarten werden voll beliefert.

Bauforschung für Wohnbauten. Die 3 Millionen Mark, die dem Wohnungsamt Berlin zur Verfügung standen für die Verteilung von Bauforschungszuschüssen für Wohnbauten, sind erschöpft, nachdem etwa die Hälfte der Summe verteilt ist und die andere Hälfte für die bereits vorliegenden und in Arbeit befindlichen Anträge vorgezogen ist.

Es ist daher zwecklos, neue Anträge auf Beizuschußung von Wohnbauten einzureichen, die das Wohnungsamt nur belassen, ohne Berücksichtigung werden zu können. Wenn neue Mittel bereitgestellt sind, wird dies bekanntgegeben werden, zugleich mit der zuständigen Amtsstelle, die die Verteilung vornehmen wird.

Nationalsozialistische (Abkommensgespräche) im deutsch-schlesischen Fernsprechverkehr sind vom 1. Februar ab, wie im inneren deutschen Fernverkehr, von 9 Uhr nachmittags bis 8 Uhr vormittags zugelassen.

Von einer Elektrischen totgefahren. Der 32 Jahre alte Mechaniker Arthur Schmölz aus der Pfingststr. 10 wurde vor dem Hause Chausseestr. 109 von einer „Elektrischen“ überfahren und auf der Stelle getötet. Nach Zeugenaussagen ist Sch. blindlings gegen den „Anhängen“ gelaufen und hat seinen Tod somit selbst verschuldet.

Benzinerexplosion. In der Fabrik von Iron in Charlottenburg ereignete sich in den gestrigen Nachmittagsstunden eine Benzinerexplosion. Eine Arbeiterin wurde schwer verletzt. Es gelang in kurzer Zeit, des Brandes Herr zu werden.

Feuer im Warenhaus Tich. Gestern früh brach in dem Warenhaus Hermann Tich am Alexanderplatz ein Brand aus, der wie gewöhnlich bei Warenhäusern die gesamte Berliner Feuerwehr beschäftigte. Vom Garbinenlager, in dem das Feuer ausgebrochen war, hatte es sich auf die Bilderabteilung ausgebreitet.

Carmen

Novelle von Prosper Mérimée

Uebersetzt von Franz Schnabel

(10. Fortsetzung.)

Unterdessen entfernte sie das Querholz, das die Pfote verflocht, und einmal auf der Straße, hüllte sie sich in ihre Mantilla und wendete mir den Rücken zu. Sie hatte die Wahrheit gesagt. Denn es wäre gescheiter gewesen, wenn ich nicht mehr an sie gedacht hätte; aber seit diesem Tage in der Candilejo-Straße konnte ich an nichts anderes mehr denken. Ich ging den ganzen Tag spazieren, immer in der Hoffnung, ihr zu begegnen. Ich fragte bei der Alten und beim Fischbäder nach ihr; beide antworteten, sie sei nach Laloro, wie bei ihnen Portugual heißt. Wahrscheinlich gaben sie diese Auskunft auf Anordnung Carmens, aber ich erfuhr bald, daß sie logen. Einige Wochen nämlich nach dem Erlebnis in der Candilejo-Straße war ich an einem der Stadttore auf Wache. Nicht weit von diesem Tore befand sich in der Stadtmauer eine Lücke; am Tage wurde daran gearbeitet, während nachts eine Schildwache aufgestellt war, um Schmuggler zu verhindern. Während des Tages sah ich Lillas Pastia um die Wachtstube streifen und mit einigen meiner Kameraden sprechen; alle kannten ihn und noch besser seine Fische und sein Pfannengebäck. Er näherte sich mir und fragte, ob ich Nachricht von Carmen habe. „Nein“, sagte ich zu ihm. „Nun wohl, Gevatter, Sie sollen von ihr hören.“ Er irrte sich nicht. In der Nacht wurde ich an die Bruchstelle auf Posten gestellt. Sobald der Korporal weggegangen war, sah ich ein Weib auf mich zukommen. Mein Herz sagte mir, daß es Carmen war. Indessen ich rief: „Gemaak! Kein Durchgang!“ „Tut doch nicht so böse“, rief sie zurück und gab sich mir zu erkennen. „Was! Du hier, Carmen?“ „Ja, lieber Landsmann. Sprechen wir kurz und bündig. Willst du einen Douro verdienen? Es werden Leute mit Räden kommen, laß sie gewähren.“ „Nein!“ rief ich; „ich muß sie anhalten, so lautet die Weisung.“ „Die Weisung! Die Weisung! Da dachtest du eben nicht an die Candilejo-Straße.“ „Ah“ erwiderte ich, schon durch die bloße Erinnerung außer Fassung gebracht, „das wäre wohl der Mühe wert,

die Weisung zu vergessen; aber ich will kein Geld von den Schmugglern.“ „Sehen wir zu, wenn du kein Geld willst, willst du dann vielleicht, daß wir wieder zusammen zur alten Dorothea zum Essen gehen?“ „Nein!“ rief ich, halb erstarrt durch die Anstrengung, die es mich kostete; „ich kann nicht.“ „Auch gut; wenn du so schwer zu behandeln bist, so weiß ich schon, an wen ich mich zu wenden habe. Ich will es deinem Offizier anbieten, mit zur Dorothea zu gehen. Er scheint ein guter Junge zu sein und wird einen Soldaten auf Posten stellen, der nur das sieht, was er sehen soll. Wdieu, Kanarienvogel; ich will gründlich lachen an dem Tage, an dem man die Weisung gibt, dich zu henten.“ Ich hatte die Schwäche, sie zurückzurufen, und versprach, die ganze Zigeunerbande durchzulassen, wenn es nötig wäre, vorausgesetzt, daß ich die einzige Gegenleistung erhielt, die ich wünschte. Sie schwor mir sofort, schon am folgenden Tage ihr Wort einlösen zu wollen, und eilte zu ihren Freunden, die ganz in der Nähe waren. Es waren ihrer fünf, unter denen sich Pastia befand, alle mit englischen Waren schwer bepackt. Carmen hielt Wache. Sie sollte mit ihren Kastagnetten Nachrichten geben, sobald sie bemerkte, daß die Räder gemacht werde; aber sie brauchte das nicht; denn in einem kurzen Augenblick vollbrachten die Schmuggler ihr Werk. Am folgenden Tage ging ich in die Candilejo-Straße. Carmen ließ auf sich warten und kam in ziemlich übler Laune. „Ich liebe die Leute nicht, die sich bitten lassen“, sagte sie. „Du hast mir das erstmal einen größeren Dienst erwiesen, ohne zu wissen, ob du dabei etwas gewinnen könntest. Gestern aber hast du mit mir geseilt. Ich weiß eigentlich nicht, warum ich gekommen bin, denn ich liebe dich nicht mehr. Gehe, hier hast du einen Douro für deine Mühe.“ Beinahe hätte ich ihr das Goldstück an den Kopf geworfen, und ich mühte mir große Gewalt antun, sie nicht zu schlagen. Nachdem wir uns eine ganze Stunde lang herumgestritten hatten, ging ich fort. Ich irrte einige Zeit in der Stadt umher und eilte wie ein Narr bald hierhin, bald dorthin; schließlich ging ich in eine Kirche, setzte mich in den dunkelsten Winkel und weinte heiße Tränen. Plötzlich hörte ich eine Stimme: „Dragonertränen! Ich will einen Liebestrank daraus brauen.“ Ich erhob die Augen; Carmen stand vor mir.

„Nun wohl, Landsmann, zürnt Ihr mir immer noch?“ sagte sie zu mir. „Ich muß Euch doch wohl wider meinen Willen lieben, denn seit Ihr mich verlassen habt, weiß ich nicht, wie mir ist. Sehet, jetzt bin ich es, die Euch fragt, ob Ihr zur Candilejo-Straße kommen wollt.“ Wir schlossen also Frieden; aber Carmen war launenhaft, wie bei uns zu Hause höchstens das Wetter. Niemals ist ein Gewitter in unserem Gebirge so nahe, als wenn die Sonne am hellsten leuchtet. Sie hatte mir versprochen, mich ein anderes Mal bei der Dorothea zu treffen, und sie kam nicht; Dorothea aber wollte mir weismachen, sie sei in ägyptischen Angelegenheiten nach Laloro gereist. Da ich schon aus Erfahrung wußte, was ich davon zu halten hatte, suchte ich Carmen überall, wo ich glaubte, daß sie sein könne, und ging an die zwanzigmal am Tage durch die Candilejo-Straße. Eines Abends war ich gerade bei der Dorothea, die ich mir fast ganz gefügig gemacht hatte, indem ich ihr von Zeit zu Zeit ein Glas Anisbranntwein bezahlte, als Carmen eintrat, von einem jungen Manne begleitet, einem Leutnant in unserem Regiment. „Gehe rasch fort!“ sagte sie zu mir auf bestisch. „Was hast du denn hier zu schaffen?“ schrie mich der Leutnant an; „pack dich weg von hier!“ Ich konnte kein Glied rühren und war wie gelähmt. Der Offizier, voll Wit darüber, daß ich nicht hinausging und nicht einmal meine Müze abgenommen hatte, packte mich beim Kragen und schüttelte mich tüchtig. Ich weiß nicht mehr, was ich zu ihm sagte. Er zog seinen Degen und ich ebenfalls. Die Alte jachte mich am Arm, während der Leutnant mit einem Hieb über die Stirne verfehlte, von dem man noch jetzt die Narbe sehen kann. Ich wich zurück und warf Dorothea mit einem Stoße des Ellenbogens rücklings zu Boden; als dann der Leutnant mich verfolgte, hielt ich meinen Säbel vor ihn hin, und er rannte ihn sich in den Leib. Carmen löschte darauf die Lampe und sagte in ihrer Sprache zu Dorothea, sie solle fliehen. Ich selbst rettete mich auf die Straße und fing an zu laufen, ohne zu wissen wohin. Es sah mir, als ob mir jemand folge. Als ich wieder zu mir kam, sah ich, daß Carmen mich nicht verlassen hatte. „Du Dummkopf von Kanarienvogel!“ schalt sie mich, „du kannst nur tödliche Streiche machen. Auch gut, ich habe es dir ja gesagt, daß ich dir Unheil bringen werde. Es gibt gegen alles ein Mittel, wenn man eine Zigeunerin zur Freundin hat. Nimm dieses Taschentuch um den Kopf und gib mir rasch dein Säbelskoppel. Warte hier auf mich, ich komme in zwei Minuten wieder.“ (Fortsetzung folgt.)

